



Kurt Beck mit ARD-Chef Fritz Raff (r.)

Ende der Funkstille

Auf Druck aus Brüssel macht sich die Politik an Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Am Ende könnten drastische Neuerungen in der deutschen Medienlandschaft stehen.

Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen in Frankreich herrscht dicke Luft. Mitte Februar blieben die Redaktionen leer und die Mitarbeiter draußen. Sie streikten. Der Grund: Präsident **Nicolas Sarkozy** hatte angekündigt, die Werbung komplett aus dem Programm der öffentlich-rechtlichen Sender zu verbannen. Obwohl das auch von linken Politikern oft gefordert wurde, vermuten die Journalisten politisches Kalkül: Sarkozy, der mit den Bossen des Privatfernsehens enge Freundschaften pflegt, wolle das öffentlich-rechtliche Programm kaputt sparen.

Auch das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland steht vor radikalen Reformen. Nicht nur über die Werbung wird diskutiert, auch die

Internetangebote der öffentlich-rechtlichen Sender sind auf dem Prüfstand. Am Ende könnte gar die Abschaffung der



„Das Internet ist so wichtig, wir müssen dort präsent sein“

Verena Wiedemann

bisherigen Rundfunkgebühren stehen.

Ganz freiwillig werden diese Reformen nicht angegangen. Anders als in Frankreich drängt nicht die nationale Regierung auf Veränderungen. Die treibende Kraft in Deutschland ist die EU-Kommission. Im Jahr 2003 zog die private Konkurrenz, angeführt vom Verband Privater Rundfunk und Telemedi-

en (VPRT) nach Brüssel. Mit einer Beschwerde bei der EU-Kommission wollten die Privaten erreichen, was ihnen die Politik in Deutschland nicht zugestand: Die Expansion von ARD und ZDF im Internet zu stoppen. Bei der EU-Kommission stießen die Beschwerden auf offene Ohren. Die Gebührenfinanzierung komme einer staatlichen Beihilfe gleich, monierten die Brüsseler Wettbewerbshüter, und das verzerre den Wettbewerb. Es müsse also genauer geprüft werden, wo der öffentliche Mehrwert von gebührenfinanzierten Angeboten liegt.

Im Online-Angebot der Öffentlich-Rechtlichen sollen stärkere Beschränkungen greifen.

„Wir brauchen keine öffentlich-rechtliche Online-Presse“, sagt **Christoph Fiedler**, zuständig für Medienpolitik beim Verband deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ). Sein Vorwurf: ARD und ZDF expandierten mit Gebührengeldern

Foto: Anna-Katharina Schulz/ibb

im Internet. Die Verleger fürchten um ihre kommerziellen Angebote und sehen die Meinungs- und Pressefreiheit gefährdet. Der Hintergrund: Das deutsche Rundfunksystem ist dual, die Presse aber rein privat. ARD und ZDF dürfen keine Zeitungen oder Zeitschriften herausbringen, es sei denn als Begleitangebot zum Programm. Das müsse auch für die Onlineangebote gelten, fordert Fiedler. Denn die Konkurrenz durch Seiten wie tagesschau.de kostet die kommerziellen Seiten Klicks und damit Werbeeinnahmen. Die Öffentlich-Rechtlichen sehen das naturgemäß anders. „Das Internet ist ein so wichtiges Element der allgemeinen Mediennutzung geworden, wir können es uns nicht leisten, dort nicht präsent zu sein“, sagt Verena Wiedemann, Generalsekretärin der ARD. Das Internet, so die Argumentation der Öffentlich-Rechtlichen, sei ebenso ein Ausspielweg für TV- und Radioprogramme wie klassische Empfangsgeräte. Schließlich könne man auch im Internet heutzutage Radio hören und fernsehen.

Das Ergebnis des Brüsseler Verfahrens: Deutschland muss ein neues Regelwerk für den Onlinebereich schaffen. „Wir sind die Urheber der aktuellen Reformen“, gibt sich Ursula Adelt, Geschäftsführerin des VPRT, selbstbewusst.



„Wir sind die Urheber der aktuellen Reformen“

Ursula Adelt

Test für das öffentliche Interesse

Das Kernstück wird ein so genannter Public Value Test sein, festgeschrieben in der kommenden Neufassung des Rundfunkstaatsvertrags. Damit soll sichergestellt werden, dass neue Onlineangebote der Öffentlich-Rechtlichen wirklich im öffentlichen Interesse sind. Den Test sollen die hausinternen Kontrollgremien der Rundfunkanstalten durchführen, die Rundfunkräte. Damit, glaubt der bayerische Staatskanzleichef und Medienminister, **Eberhard Sinner**, seien die Differenzen mit Brüssel ausgeräumt. Forderungen nach einer stärkeren externen Kontrolle erteilt er eine Absage: „Wir setzen auf die vorhandenen Gremien.“ Kritik daran kommt von der FDP: „Diese Form der In-House-Kontrolle bedeutet Schmoren im eigenen Saft“, sagt der Vorsitzende des Medienausschusses im Deutschen Bundestag, **Hans-Joachim Otto**. Die Verzahnung von Politik und Rundfunkanstalten in den Gremien

weckt Unmut. Zu eng sei der Umgang, glauben die Privaten, zu gut vernetzt der öffentlich-rechtliche Rundfunk dadurch, dass fast jeder relevante Medienpolitiker in den Ländern auch in einem seiner Gremien sitzt.

Zweifelhafte Kontrolle

„Es spricht Bände, dass wir erst in Brüssel mit unserem Anliegen Gehör fanden“, sagt VPRT-Geschäftsführerin Adelt. „Wir kommen zwar auch in Deutschland mit den Politikern ins Gespräch, wenn sie dann aber in den Rundfunkräten Entscheidungen treffen, sind unsere Argumente schnell wieder vergessen.“

In den Rundfunkräten sitzen neben Politikern Vertreter vieler gesellschaftlicher Gruppen, von Naturschutz- über Wirtschafts- bis hin zu Vertriebenenverbänden. „Wir brauchen dringend eine professionelle, externe Kontrolle“, meint Otto. „Die Professionalität der Rundfunkräte wird oft unterschätzt“, entgegnet ARD-Generalsekretärin Wiede-

mann, „sie sind kritische und kompetente Kontrollorgane der Rundfunkanstalten.“ Auch **Marc Jan Eumann**, Vorsitzender der SPD-Medienkommission, setzt auf



die Rundfunkräte. „Bei den neuen Verfahren werden die Gremien aber Expertise von außen brauchen – und die werden sie sich holen.“ Er glaubt auch, dass das Verfahren zu einem neuen Selbstbewusstsein der Gremien gegenüber dem Sender und dadurch zu einer besseren Kontrolle führen wird. **Joachim Huber**, Ressortleiter Medien beim „Tagesspiegel“, hat Zweifel an der Kontrollfähigkeit der Rundfunkräte. Die Gremien seien „Ein-Herz-und-eine-Seele-Veranstaltungen“, bei denen die dort sitzenden Mitglieder, Politiker zumal, auf das Wohl „ihrer“ Anstalt schauen würden. „Keiner will ‚seiner‘ Anstalt schaden, indem er neue Pläne ablehnt“, sagt Huber.

„Die Öffentlich-Rechtlichen haben schon deswegen einen Lobby-Vorteil, weil die Politiker dort viel stärker vorkommen“, sagt Medienjournalist Huber. „Und es gab noch wenige Jahre, in denen sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk so in den Armen der Politik wiegen konnte wie 2007 und 2008.“

Streit und Harmonie

Das hat auch damit zu tun, dass in der Union nach dem Rücktritt von **Edmund Stoiber** mit **Günther Oettinger** nun ein Mann die Medienpolitik bestimmt, der sich mit markigen Sprüchen über das „Scheiß Privatfernsehen“ gleich in Szene setzte. „Ich sehe derzeit keinen ernst zu nehmenden Rundfunkpolitiker, der nicht näher an ARD und ZDF ist als bei den Privaten“, sagt Huber. Das war nicht immer so. Im Jahr 2003 veröffentlichten die damaligen Ministerpräsidenten



Starke Akteure: EU-Kommission und Bundesverfassungsgericht bestimmen die Rundfunkpolitik

Wer den Rundfunk bestimmt

Die wichtigsten Akteure der deutschen Rundfunkpolitik

Die nationale Politik



Kurt Beck

Der SPD-Chef ist auch Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder. Seit seinem Amtsantritt 1994 bestimmt er die Szene – und gilt als Freund der Öffentlich-Rechtlichen.



Martin Stadelmaier

Deshalb ist die Rundfunkkommission als Abteilung in der Mainzer Staatskanzlei angesiedelt. Deren Chef Stadelmaier ist federführend in der Aushandlung der Rundfunkstaatsverträge.



Hans-Joachim Otto

Der FDP-Politiker ist Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. Er sieht die Öffentlich-Rechtlichen von der Politik privilegiert und fordert Reformen.



Eberhard Sinner

Der bayerische Staatskanzleichef und Medienminister vertritt die deutsche Rundfunkpolitik in Brüssel. Er sitzt als Koordinator für alle 16 Bundesländer im zuständigen Ministerrat.



Marc Jan Eumann

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete ist Vorsitzender der SPD-Medienkommission. Er fordert die Öffentlich-Rechtlichen auf, weitere Reformen offensiv anzugehen.



Günther Oettinger

Der baden-württembergische Ministerpräsident koordiniert die Medienpolitik in der CDU. Anfang des Jahres sorgte er mit Äußerungen über das „Scheiß Privatfernsehen“ für Aufsehen.

Die EU-Kommissarin



Nellie Kroes

Die EU-Kommission hat die aktuellen Reformen angestoßen. Für Wettbewerbskommissarin Kroes sind Rundfunkgebühren staatliche Beihilfen, die besonders kontrolliert werden müssen.

Die Interessenvertreter

Die Öffentlich-Rechtlichen



Verena Wiedemann

Die Generalsekretärin vertritt die Interessen der ARD gegenüber der Politik. Sie will die Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen sichern und rechtfertigt die Angebote im Internet.



Markus Schächter

Schächter kam nach langem Chaos 2002 als Kompromisskandidat 2002 ins Amt des ZDF-Intendanten und gilt als CDU-nah. Dem ZDF werden besonders gute Verbindungen zur Politik nachgesagt.

Die Privaten



Jürgen Doetz

Der Präsident des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien sieht die Öffentlich-Rechtlichen im Lobby-Vorteil. Seine Beschwerde in Brüssel löste den Reformprozess aus.



Hubert Burda

Der Bund deutscher Zeitschriftenverleger verteidigt die Onlineangebote seiner Mitglieder. Er befürchtet übermächtige Konkurrenz durch die gebührenfinanzierten Angebote der Öffentlich-Rechtlichen.

ten Edmund Stoiber, **Georg Milbradt** und **Peer Steinbrück** das nach ihren Initialen benannte SMS-Papier. Darin forderten sie eine tiefgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er solle sich auf einen Kernauftrag beschränken, etwa indem er seine Radioprogramme reduziert. Gipfel der Entwicklung: 2005 weigerten sich die Länder erstmals, dem Gebührenvorschlag der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) zu folgen und winkten nur eine kleinere Gebührenerhöhung durch. Die

Sender zogen vors Bundesverfassungsgericht und bekamen 2007 Recht.

Politik über die Gerichte

„Denjenigen, die wie Herr Stoiber und Herr Milbradt über die Finanzierung Einfluss auf den Rundfunk nehmen wollten, hat das Gericht auf die Finger geklopft“, kommentiert **Martin Stadelmaier**, Chef der Mainzer Staatskanzlei, die unter Kurt Beck die Federführung in der deutschen Rundfunkpolitik inne hat. Die ARD-Generalsekretärin Wiedemann

freut sich, „dass sich die Diskussion versachlicht hat“. Die Vertreter des privaten Rundfunks kritisieren dagegen, das Urteil habe die notwendigen Diskussionen über Strukturreformen abgewürgt. „Die Politiker sehen nur das höchstrichterliche Urteil und prüfen nicht, wo sie noch Einfluss nehmen können“, meint Ursula Adelt.

„Rundfunkpolitik wird heute hauptsächlich in Karlsruhe gemacht“, kritisiert auch FDP-Mann Otto. Und was unklar bleibe, werde zwischen den Staatskanzleien ausgehandelt oder in Brüssel ent-

schieden: „Die Länderparlamente nicken nur noch ab, was woanders bereits entschieden wurde.“ Auch für Marc Jan Eumann ist die Rolle der Parlamente „ein wunder Punkt“. „Wir müssen als Parlamentarier stärker einfordern, an den Verhandlungen beteiligt zu werden, bevor die Verträge fertig sind.“

Die Rolle Brüssels betrachten viele Akteure mit Sorge: „Die Kommission versucht Kompetenzen an sich zu ziehen, die ihr nicht zustehen“, sagt Eumann. Auch ARD-Generalsekretärin Wiedemann pocht auf den Vorrang der Länderkompetenz bei der Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die von der EU-Kommission laut Amsterdamer Protokoll zu respektieren sei. Eberhard Sinner, der als bayerischer Medienminister und erfahrener Europapolitiker Deutschland im EU-Ministerrat für Medienfragen vertritt, sieht die Sache pragmatisch: „Die Reformen müssen in engem Kontakt mit Brüssel umgesetzt werden.“ 2009 endet die Amtszeit der jetzigen EU-Kommission.

„Bis dahin müssen die aktuellen Reformen im digitalen Bereich unter Dach und Fach sein“, meint Sinner.

Doch dann könnte es erst richtig losgehen. Denn nicht nur die Onlinestrategie, das gesamte Gebührenmodell der Öffentlich-Rechtlichen steht auf dem Prüfstand. Mit den Gebühren auf Computer stößt das System an seine Grenzen. „Das System muss mindestens vereinfacht werden“, meint Eumann. Es könnte aber noch weiter gehen: **Auch eine komplette Abschaffung der jetzigen Gebühr, die dann durch eine Abgabe pro Haushalt ersetzt würde ist in der Diskussion.** Die GEZ würde weitgehend überflüssig. Andere Modelle wie eine Steuerfinanzierung sind schnell gescheitert: „Gegen eine Finanzierung aus Steuermitteln bestehen wegen des Gebots der Staatsferne des Rundfunks Bedenken“, sagt Eberhard Sinner. Welchem Modell die Zukunft gehört, soll bis 2013 entschieden werden, in der nächsten Revision des Rundfunkstaatsvertrags.

Die Systemfrage

Die Rundfunkpolitik ist nach den heftigen Konflikten der letzten Jahre wieder in ruhigerem Fahrwasser angelangt. Doch ob die eingeleiteten Reformen

ausreichen, ist nach wie vor umstritten. „Bis jetzt ist alles weiße Salbe“, sagt Hans-Joachim Otto. Und die Privaten drohen damit, wieder nach Brüssel zu ziehen, sollten sie mit den Ergebnissen nicht zufrieden sein. Marc Jan Eumann fordert „eine neue Kultur der Offenheit“. Entscheidungen sollten transparenter, Beschwerden über Programminhalte müssten einfacher gemacht werden.

Ein öffentlicher Auftrag

Ein weiterer Qualitätsnachweis soll das Werbeverbot sein. „Wenn die SPD das jetzt will kann ich nur sagen, willkommen im Club“, sagt Otto „Die FDP will das schon lange“. Die ARD reagiert reser-



„Wir brauchen endlich eine moderne Rundfunkordnung“

Hans-Joachim Otto

viert. Dies sei letztlich eine Entscheidung der Politik, diese müsse bei dem Verzicht auf Werbung und Sponsoring dann aber auch für eine Kompensation der entgangenen Einnahmen sorgen, sagt ARD-Generalsekretärin Wiedemann. Das aber würde Gebührenerhöhungen bedeuten – und die will kein Politiker vertreten. Ein weiterer Streitpunkt ist schon programmiert: Die SPD will Sport und kulturelle Großveranstaltungen vom Sponsoringverbot ausnehmen, damit diese auf ARD und ZDF überhaupt noch stattfinden. Eine solche Ausnahme wäre „ein Stück aus dem Tollhaus“, entgegnet Otto.

Letztlich bleibt die grundsätzliche Frage nach dem Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Soll er nur eine Grundversorgung anbieten oder darüber hinaus weitere Angebote machen? Das Bundesverfassungsgericht hat dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Entwicklungs- und Bestandsgarantie zugesprochen. Was das genau heißt, muss die Politik nun ausgestalten. „Wir haben in Deutschland zwanzig Jahre zu spät mit den Reformen begonnen“, sagt Hans-Joachim Otto. „Jetzt müssen wir den Reformstau auflösen und eine moderne Rundfunkstruktur schaffen, bevor Brüssel sie uns diktiert.“

Jacob Düringer

Anzeige

„Liebe Claudia,
deine beste
Freundin hält deine
Ex-Freunde für
arme Würstchen.
Probier doch mal
ein paar Wiener!“

Wien
ab 29 €

One-Way-Komplettpreis
inkl. Service und Meilen



 airberlin.com
Genau deine Airline.